

16. JULI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/128

Bonn, den 8. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Parteien sollen ihre Arbeit selbst finanzieren ----- SPD-Schatzmeister Alfred Mau vor der Presse	47
2	Wohlauf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd ! ----- Anmerkungen zum Bundeskongreß der FDP Von Wolfgang Jansen	51
3 - 4	"Seeschlacht" in der Nordsee ----- Deutsche Fischkutrer und dänische Schutzboote gerieten aneinander	61
5	Karl Raloff ----- Abschied von einer "Institution"	52
6	"Generalstabsarbeit für den Frieden" ----- Auszüge aus einem neuen Buch mit Reden von Willy Brandt	53

+ + +

Parteien sollen ihre Arbeit selbst finanzieren

SPD-Schatzmeister Alfred Nau vor der Presse

sp - Es war eine aufmerksame und sachverständige Gruppe von Ecnner Journalisten, die am Mittwochabend dieser Woche dem Schatzmeister der SPD, Alfred Nau, zuhörten, als er in einem zwanglosen Gespräch erläuterte, wie sich die Sozialdemokratie das von ihr schon seit langem gewünschte Parteiengesetz vorstellt. Daß auch in der vierten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages kein hiet- und stichfester Gesetzesentwurf ausgearbeitet werden konnte, ist nicht die Schuld der SPD. CDU/CSU und FDP bekamen auch jetzt wieder Angst vor der eigenen Courage, weil sie sich mit den Sozialdemokraten weder über die Parteienfinanzierung mit Hilfe von Staatsgeldern noch über die Rechenschaftslegung der verwendeten Mittel einigen konnten. Hoffentlich, so meinte Alfred Nau, werde der nächste Bundestag endlich das Parteiengesetz zustande bringen. Die Bürger unseres Staates haben ein Anrecht darauf, zu wissen, wie die von ihnen zur Verfügung gestellten öffentlichen Gelder verwendet werden.

Aufschlußreich war auch die Bemerkung von Nau, er sei durchaus nicht sicher, ob das Bundesverfassungsgericht nicht überhaupt Staatszuwendungen an politische Parteien als verfassungswidrig erklären werde. Sollte jedoch die Teilfinanzierung der Parteien mit der Verfassung in Einklang gebracht werden können, dann müßte durch den Gesetzgeber unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß die zur Verfügung gestellten Mittel wesentlich geringer seien als jene Mittel, die die Parteien aus eigener Kraft durch Mitgliederbeiträge oder Spenden aufbringen könnten.

- * Die SPD sei auch dafür, daß öffentliche Gelder, die den Parteien
- * möglicherweise zur Verfügung gestellt werden, in erster Linie
- * für staatsbürgerliche Bildungszwecke ausgegeben werden. Grund-
- * satz der SPD auch hierbei: Die Parteien müssen bereit sein, ih-
- * re Ausgaben einer Kontrolle, sei es durch den Bundesrechnungsg-
- * hof, sei es durch vereidigte Wirtschaftsprüfer, zu unterziehen.

Bei Beantwortung bohrender Fragen, die dem SPD-Schatzmeister gestellt wurden, klang immer wieder der Stolz auf die große organisatorische Leistung der Deutschen Sozialdemokratie durch, die von vielen tausend ehrenamtlich tätigen Mitarbeitern getragen wird. Dabei steigt die Mitgliederzahl ständig an, so daß die SPD heute in der Lage ist, ihre Ausgaben zu rund 62 Prozent aus eigenen Mitteln zu finanzieren, während die Zuschüsse von Bund und Ländern, die allen Parteien gegeben werden, rund 33 Prozent betragen. Ohne indiskret sein zu wollen, gab Nau zu verstehen, daß diese Relation bei den anderen Parteien umgekehrt sei.

Unabhängig davon, wie ein zukünftiges Parteiengesetz aussehen wird und auch unabhängig davon, wie möglicherweise das Bundesverfassungsgericht die Frage nach der Zulässigkeit von Zuwendungen öffentlicher Gelder für die Parteien beurteilen wird - die SPD hält es für gesünder und für das Gedeihen des demokratischen Staates besser, wenn die politischen Parteien aus eigener Kraft die ihnen vom Grundgesetz auferlegten Aufgaben erfüllen.

Wohlauf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd!

Von Wolfgang Jansen

Kotte: "Wir haben auch von Seiten der Sozialdemokraten harte Angriffe zu erwarten." (Dr. Mende am 7. 7. 1965 in Göttingen)

Die FDP werde den Wahlkampf mit einem Bundeskongress in Göttingen beginnen, erklärte Geschäftsführer Dr. Friedrichs im Fernsehen. Also: Nichts wie hin, zum Aufgalopp der Freien Demokraten. Zur festgesetzten Stunde sind 30 Personen im Saal. 283 sind es 44 Minuten später, als der Kongress endlich eröffnet wird. Dr. Mende tröstet die Versammlung. Der Bundeskongress erwarte aus der Göttinger Lehrerschaft weiteren Zuzug.

Mendes Rede war keine Offenbarung. Interessant aber seine Einleitung: Er hat ein neues System zur Addition freidemokratischer Verdienste erfunden. Er sagt nicht: "Wir haben erreicht, daß...", sondern er sagt: "Ohne FDP kein...". Z.B.: Kein neuer Kanzler. Und, ohne die CDU? Oder: ...keine Passierscheine. Und ohne den Berliner Senat? Er sagt: ... keine Rentnerbesuche. Und ohne ... (Achtung! Verbotener Weg!)

Mende nennt auch das Wahlziel: Keine Partei mit absoluter Mehrheit und keine schwarzrote Koalition. Daß die SPD diese hinter den Kulissen vorbereite, scheint seine unausrottbare, wenn auch falsche Zwangsvorstellung zu sein. Allerdings: Mende sagte in Göttingen nicht, mit wem er koalieren will. Fraktionsgeschäftsführer Gentscher nahm ihm die Aufgabe ab: mit der CDU. Gentscher war übrigens der einzige, der die Versammlung halbwegs von den Stühlen riß. Er nannte auch gleich die Koalitionsbedingungen: Klare Zuständigkeiten für Lenz und Mende. Das ist recht und billig. Weiter: Eine bessere Bildungspolitik. Na, hoffentlich. Und schließlich: Erhard soll mehr führen! Unerfüllbar, die Koalition kann nicht zustande kommen.

Erhard hat übrigens ein schlechtes Gewissen. Thomas Dehler hat es entdeckt. Beweis: "Soziale Marktwirtschaft, das Wort "sozial" verrät ein schlechtes Gewissen." Marktwirtschaft soll nicht sozial, sondern frei sein. Alles soll frei sein, der Bergbau z.B. von allen Stützungsbilanzen. Bei den Ölscheichen wird man sich freuen, an der Ruhr weniger.

Dehler sagt: Die soziale Gerechtigkeit regelt den Wettbewerb. Bismarck hat schon ein bißchen weiter gedacht! Und Dehler meint: Wirtschaftliche Macht als Mißbrauchsgefahr gibt es nicht. Der Wettbewerb regelt alles. Und wenn ein paar Leute irgendwo den Wettbewerb ausgeschaltet haben, sorgt flugs der Fortschritt für neuen. Beispiel: Öl verdrängt Kohle, Atomkraft wird Öl verdrängen. So Dehler. Jetzt wartet man darauf, daß Nordhoff und Flick durch Gemini-Kapseln entmachtet werden. - Bildungspolitik: Frau Dr. Hamm-Brücher brachte kluge Gedanken vor, vornehmlich an die Adresse der CDU. Die SPD bekam ihren Pflichttadel: Auch sie denke nicht genug an die Zukunft. Daß die SPD schon 1956, und zwar in München, auf ihrem Parteitag das Thema in den Vordergrund der Innenpolitik stellte, scheint die Münchnerin Dr. Hamm-Brücher vergessen zu haben. Dann wurde diskutiert: Die liberalen Studenten stritten gegen die freiheitlichen, die freiheitlichen gegen die liberalen und beide gegen den Vorstand. Ein studentischer Diskussionsbeitrag wurde mehr debattiert als alle Referate zusammen! Ein anderer Redner wollte Ulbricht nicht als "Schergen" bezeichnet wissen. Wenn ein Herr Kurz, so sagte er, zwei Meter lang sei, müsse man ihn dennoch mit "Herr Kurz" anreden. So schwierig sind heute gesamtdeutsche Fragen. - Über kurz oder lang wird man den Streit klären müssen. Der gesamtdeutsche Minister konnte es nicht. Er hatte nach seinem Referat den Saal verlassen, der immer noch halb leer war. Der Nachschub der Göttinger Lehrer war ausgeblieben.

"Seeschlacht" in der Nordsee

Deutsche Fischkutter und dänische Schutzboote gerieten aneinander
KI - Kiel

Zwischen der deutschen Insel Sylt und der dänischen Insel Rön hat vor der jütländischen Nordseeküste am 29. Juni eine "Seeschlacht" stattgefunden, in die acht deutsche Fischkutter und mehrere dänische Fischereischutzboote verwickelt gewesen sind. Nach der Ansicht der dänischen Patrouillen haben die deutschen Fischer in dänischen Gewässern gefangen, während das seitens der deutschen Fischer in Abrede gestellt wird.

Die ganze Angelegenheit bietet nicht die geringste Handhabe dafür, einen Schatten auf das ausgezeichnete Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Dänemark zu werfen. Sie bietet wohl aber Anlaß, darüber nachzudenken, wie ähnliche unliebsame Zwischenfälle künftig vermieden werden können.

Die deutschen Boote hatten gegen zehn Uhr früh ihre Netze ausgeworfen. Das dänische Inspektionsschiff "Havfruen" mit Kapitanleutnant Højerslev an Bord machte. Die deutschen Boote zogen die Netze ein und liefen mit zwölf Meilen Geschwindigkeit eiligst in Richtung Süden. Die "Havfruen" setzte ein Schlauchboot mit zwei in Öltaug gekleideten dänischen Kontrollbeamten aus. Diese forderten den deutschen Fischkutter "List 1" des Kapitäns Franz Mai durch Schüsse vor den Bug auf, beizudrehen. Als das nicht half, enterten sie überraschend das deutsche Fischerboot. Es kam zwischen den Beamten und der Bootsbesatzung im Ruderhaus zu einem Handgemenge. Mai weigerte sich, den dänischen Fischereihafen Havneby anzulaufen und entführte die beiden Beamten in den Hafen List auf Sylt.

Versäumnisse der Kieler Regierung

Die Angelegenheit hat große Wellen geschlagen. Das dänische Verteidigungsministerium hat das Außenministerium in Kopenhagen unterrichtet, das eine Protestnote an das Bonner Auswärtige Amt vorbereitet. Die Staatsanwaltschaft in Flensburg prüft die Frage, ob die acht deutschen Kutter rechtswidrig in dänischen Gewässern ge-

fischt haben, und ob Mai sich der Freiheitsberaubung, der Nötigung und des Widerstandes gegen dänische Staatsgewalt schuldig gemacht hat.

Wenn man diese Sachlage in einen größeren Rahmen stellt, bleibt durchaus ein ernster Vorwurf gegen die Landesregierung in Kiel und die Bundesregierung. In dem genannten Seeraum haben deutsche Fischer dänische Gewässer schon mehrfach verletzt. Es liegen Urteile dänischer Gerichte gegen deutsche Fischer vor, in denen das ganz einwandfrei geklärt worden ist; auch ein Urteil gegen Mai. So ergibt sich die Frage, warum die Landesregierung in Kiel nicht schon längst ein Patrouillenboot in die Grenzgewässer geschickt hat. Warum müssen immer dänische Boote allein dort den Wachtörn laufen? Ferner ergibt sich der Vorhalt, die zuständigen Bundesbehörden hätten längst die Grenzgewässer mit einer einwandfreien Bojenkette markieren können.

Deutsche Fanggründe reichen nicht aus

Letztlich spielt auch der "Blaue Plan", das immer noch nicht geschaffene Hilfsprogramm für die deutsche Kutter- und Küstenfischerei hinein. Es ist ganz einfach so, daß die deutschen Fanggründe nicht ausreichen, um den Küsten- und Kutterfishern, die zum Teil auch Übersetzer sind, einen ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern. Zuschüsse und billige Kredite in viel größerem Maße wären nötig gewesen. Dann hätte man längst rationell arbeitende und weiter laufende Fischkutter gehabt. Die Verlockung, in die nahen dänischen Gewässer zu laufen, um dort noch einmal einen Fang im Werte von etwa 1.000,-- bis 1.500,-- DM mitzunehmen, wäre dann entfallen. Es muß also bei der ganzen Sachlage auch erwähnt werden, daß die Fischer in gewissen Maße unter dem Druck einer wirtschaftlichen Notlage gehandelt haben.

Im übrigen wäre es auch für die Bundesregierung eine dankenswerte Aufgabe, endlich ein den besonderen Verhältnissen an dieser Nordseeküste gerecht werdendes Abkommen mit Dänemark zum Abschluß zu bringen.

Karl Raloff

Abschied von einer "Institution"

sp - Dieser Tage gedachte die dänische Presse eines ausländischen Diplomaten, der Journalisten und Politikern, Bekannten und Unbekannten zu einem festen Begriff, ja fast zu einer "Institution" geworden war: des Pressereferenten der deutschen Botschaft in Kopenhagen, Karl Raloff. Er trat nach über 13-jähriger Tätigkeit in den Ruhestand, wurde jedoch nachdrücklich dazu aufgefordert, die Feder nicht ruhen zu lassen, bis er seine Erinnerungen geschrieben habe. Diese würden, so prophezeiten ihm dänische Zeitungen, zweifellos zu einem Bestseller.

Das gesamte politische Chaos dieses Jahrhunderts spiegelt sich im Leben Raloffs wider: Als junger Redakteur von den Franzosen aus dem Saarland ausgewiesen, führte ihn sein Weg über Hannover in den Reichstag. Nach der Machtübernahme Hitlers mußte er in Dänemark Zuflucht suchen. Als er sich nach schweren Jahren des Emigrantendaseins eine Position geschaffen hatte, zwang ihn die deutsche Besetzung Dänemarks zur Flucht nach Schweden. Nach seiner Rückkehr im Spätherbst 1945 hätten ihm in Deutschland viele Wege offengestanden. Karl Raloff entschloß sich aber, die naheliegendste Aufgabe zu übernehmen: die Betreuung von Zehntausenden von deutschen Flüchtlingen in Dänemark. Danach wurde er Korrespondent des dpa - des Vorläufers der Deutschen Presse Agentur, für die er anschließend als erster Auslandskorrespondent tätig war. Im Jahre 1952 folgte er dem Ruf, Pressereferent der deutschen Botschaft zu werden. Raloff wußte wie kaum ein anderer, mit welchen Hypothesen dieses Amt in Dänemark belastet war. Seine Lauterkeit und seine Bescheidenheit trugen zusammen mit seiner politischen Vergangenheit wesentlich dazu bei, daß er in Dänemark nicht nur zahlreiche persönliche Freunde fand, sondern auch das Deutschland-Bild der dänischen Öffentlichkeit zu korrigieren vermochte. Unerdlich viel Geduld prägte seine Arbeit im Stillen, die reiche Früchte trug. Ungezählte Dänen wandten sich im Laufe der Jahre an Raloff, weil ihnen dieser Name geläufig und eine Gewähr dafür war, ihre Angelegenheit in guten Händen zu wissen - auch wenn sie außerhalb seines eigentlichen Arbeitsgebietes lagen.

Es ist für Raloff bezeichnend, daß er nicht nur beste Beziehungen zu seinen sozialdemokratischen dänischen Parteifreunden, sondern zu allen dänischen Politikern hat. Das ihm entgegengebrachte Vertrauen kennt keine parteipolitischen Grenzen, was nicht zuletzt in den zahlreichen Würdigungen, auch der konservativen dänischen Presse, zum Ausdruck gebracht wurde. Karl Raloff kann für sich in Anspruch nehmen, der erste ausländische Diplomat in Dänemark gewesen zu sein, dessen Ausscheiden so einmütig bedauert und so einkhellig von der Presse gewürdigt wurde. Es ist in Kopenhagen ein offenes Geheimnis, daß Karl Raloff aus Anlaß seines Ausscheidens aus dem diplomatischen Dienst hohe Ordensauszeichnungen angetragen wurden. Ohne die gute Absicht zu verkennen, schlug Raloff diese Ehrungen aus. Dadurch blieb er sich und seinen Jugendidealen, die er sich trotz der wechselnden Zeitläufe bis heute bewahrte, treu. Die Stetigkeit seines Denkens und Handelns, seine politischen Erfahrungen und seine menschlichen Eigenschaften schufen die besten Voraussetzungen für sein Wirken zur Verbesserung der deutsch-dänischen Beziehungen. Da Raloff in Kopenhagen und damit in dem Lande wohnen bleibt, das ihm zur zweiten Heimat wurde, ist anzunehmen, daß man sich auch weiterhin häufig seiner Ratschläge und seiner Erfahrungen bedienen wird. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst des Auswärtigen Amtes wird Karl Raloff damit seinem Vaterland und seiner Wahlheimat dienen.

"Brandt-Reden"

Ein neues Buch mit Reden von Willy Brandt

sp - Zu diesem Buch - erschienen im Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, - könnte man eigentlich ein zweites schreiben; eine Buchbesprechung wäre zu dürftig. Willy Brandts Reden, die er in den Jahren 1961 bis Anfang 1965 gehalten hat, sind nicht nur Zeugnis sozialdemokratischer Politik, sondern zeigen auch den Interpreten vorwärts weisender Gedanken, von denen viele heute schon von anderen, auch von Gegnern der Sozialdemokratie übernommen wurden. In der Hast des Tages, im Wettlauf um die Aktualität, wird das allzuoft vergessen. Man sollte sich trotzdem daran erinnern, denn es ist gut zu wissen, daß an der Spitze der Deutschen Sozialdemokratie ein Mann steht, dessen Ideen und ihre sprachliche Formung den Blick vieler Menschen in unserem Volk von Heute auf das Morgen richten. - Der SED-Pressedienst wird daher in zwangloser Reihenfolge einzelne Kapitel oder Ausschnitte aus dem Buch "Brandt-Reden" veröffentlichen. Wir sind sicher, daß wir damit einen guten Beitrag zum Verständnis des Zeitgeschehens leisten. Die Redaktion.

"Generalstabsarbeit für den Frieden"

"Mir will scheinen, wir müßten Ordnungsprinzipien als Leitgedanken unserer Außenpolitik entwickeln. Seit Bismarck hat es solche Ordnungsprinzipien kaum noch gegeben. Zu ihnen gehörten heute die Vorstellungen vom politischen und militärischen Status Deutschlands. Sie müßten sowohl die westliche Europapolitik als auch das Verhältnis zum Osten einbeziehen und dürften unser Interesse an der atlantischen Partnerschaft nicht außer acht lassen. Damit würden auch die Grundzüge einer Friedensregelung für unser Volk und für die Wiedervereinigung deutlich werden. Das ist eine große Aufgabe, aber nur so werden wir davor bewahrt, daß sich eines Tages Erfolge auf der einen Seite als Hindernisse nach der anderen Richtung erweisen. Nur so kann vermieden werden, daß sich ein Widerspruch zwischen unserer Europapolitik und unserer Deutschland-Politik ergibt."

Europa-Union, München, 19. März 1965

"Wir alle müssen wissen: Außenpolitik soll Generalstabsarbeit für den Frieden sein."

Rede zum "Tag der Heimat", Berlin, 30. August 1964